

# Eine neue Form des Dialogs beginnen

Alle fünf Fraktionen votieren für die Erstellung eines Bürgerhaushalts ab 2012

Die Freude konnte CDU-Fraktionschef Reimund Billmann nicht verhehlen, dass der CDU/FDP-Antrag auf Einführung eines Bürgerhaushalts ab 2012 auf so viel Zustimmung gestoßen sei. Dennoch müsse er Linke-Fraktionschef Toni Ameis „einen mitgeben“: Denn der habe noch die Gelegenheit gefunden, seinen Antrag nachzuzureichen. Das Schreiben mit Datum vom 6. Dezember war am 9. Februar im Rathaus eingegangen (was FDP-Fraktionschef Björn Bock als „drollig“ kommentierte und darauf zurückführte, dass es in der Linke-Fraktion „wohl etwas chaotisch“ zugehe). Der CDU/FDP-Antrag trägt den Eingangsstempel vom 27. Januar. Doch ungeachtet der Urheberrechte triumphierte Billmann, dass der Wille nach einer Bürgerbeteiligung an der städtischen Etatgestaltung mit den Linken nun ja schon eine Mehrheit habe, und Grüne sowie SPD sich dem wohl auch nicht widersetzen würden. Dass der Antrag kommen werde, habe doch SPD-Fraktionschef Gerd Neitzke in der Haupt- und Finanzausschussitzung angekündigt, ergab sich Toni Ameis in Erklärungen, dass da aber der städtische Etat erstmal wichtiger gewesen sei. Lange Diskussion,

aber alle sind sich einig: „Bürger sind gerade in Zeiten knapper Kassen von dann zu treffenden Haushaltsentscheidungen meist gravierender betroffen als von Haushaltsentscheidungen in finanziell besseren Zeiten, so sollte ihnen auch in einer kritischen Finanzsituation eine stärkere Einflussnahme auf die kommunalen Finanzen eröffnet werden!“ (Reimund Billmann und Björn Bock in ihrem Antrag). „Die neue Form des Dia-

logs ‚Bürgerhaushalt‘ im Zusammenspiel des kommunalpolitischen Dreiecks Politik-Verwaltung-Bürger bietet gerade in finanziell schwierigen Zeiten die Chance für die tragfähige Weiterentwicklung der kommunalen Gemeinshaft“ (Toni Ameis im Stadtrat). „Bürgerbeteiligung ist immer ein hohes Gut“ (Gerhard Neitzke im Stadtrat). „Der Bürgerhaushalt war ein Wahlversprechen in unserem letzten Wahlprogramm und

auch im Kooperationsvertrag mit der CDU festgeschrieben“ (Grünen-Ratsverordneter Dr. Bernd Fasel im Rat). Einstimmig erging daher der Auftrag an die Verwaltung, ein Konzept zur Einführung eines Bürgerhaushalts zu erstellen – zur Entscheidung in der Stadtratssitzung am 5. Juli. Die Konzeptentwicklung, soll „im Dialog zwischen Politik und Verwaltung im Rahmen des Runden Tisches Finanzen“ sowie im Haupt- und Finanzausschuss am 21. Juni erfolgen.

## „Attac“ Wurmthal sieht Bürger in neuer Rolle

„Bürgerhaushalte können in Zeiten knapper Kassen leicht missbraucht werden, um Sparzwänge zu rechtfertigen“, warnt die Attac-Wurmthalgruppe, die das Projekt grundsätzlich befürwortet, in einer ersten Stellungnahme aus der Bürgergesellschaft zum Thema Attac, „das globalisierungskritische Netzwerk“, warnt vor einer „Pseudobeteiligung“ der Bürger und weist eine erhöhte Transparenz des Etats sowie die Mitwirkungs- und Teilhaberechte der Bürger ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft als Vortelle aus.

**Neben der Formulierung klarer**

Regeln sowie der Festlegung von Budgetumfang, Modus der Bürgerberatung und öffentlicher Rechenschaft rät Attac zwecks Mobilisierung, auch Themenforen im Internet zu öffnen und in publikumsträchtigen Einrichtungen wie Schwimmbädern, Bibliotheken und Jugendclubs zu werben.

**Der Prozess erfordert** „neue Formen des Zusammenspiels zwischen Bürgerinnen und Bürgern, kommunaler Politik sowie der Verwaltung“. Bei Erfolg nähmen Bürger eine „neue Rolle“ ein, gibt Attac die Parole aus: „Der Weg ist das Ziel. Parcken wir es an“.

Rund 30 Kommunen bundesweit haben bisher Erfahrungen mit einem Bürgerhaushalt. Kämmerner Detlef Zählinger: „Der Bürgerhaushalt ist eine relativ neue, gesetzlich nicht geregelte Form der Bürgerbeteiligung“ – in der Regel als „Beteiligungs- und Diskussionsverfahren“ im Zuge der Aufstellung des Etats. „Ziel und Kennzeichen“ sei es, den kommunalen Haushalt mit den Bürgern auf Basis verständlicher Informationen zu diskutieren und ihre Vorschläge dem Rat zuzuleiten. Der hat dann zu entscheiden, seine Gründe sind zu veröffentlichen.

15000 Euro sind für ein elektronisches Beteiligungsangebot im Etat eingestellt. (bea)